

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Caren Lay,
Halina Wawzyniak, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/504 –**

Mietenanstieg stoppen, soziale Wohnungswirtschaft entwickeln und dauerhaft sichern

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, ihre politische Verantwortung für die Beseitigung von Wohnungsnot und Wohnungsknappheit anzuerkennen, sie nicht allein an die Bundesländer zu delegieren, sondern mit ihnen und den Kommunen einen gemeinsamen Aktionsplan zur Behebung akuter Wohnungsengpässe zu erarbeiten und umzusetzen; Maßnahmen zu ergreifen, die ein weiteres Ansteigen der Mieten unterbinden, insbesondere geeignete Schritte gegen die Einflussnahme ausschließlich renditeorientierter Finanzinvestoren auf den Wohnungsmarkt zu unternehmen; gesetzliche Regelungen vorzulegen, die Mietsteigerungen auf ein Minimum reduzieren und die Segregation verhindern; Maßnahmen zur bedarfsgerechten Förderung des Sozialen Wohnungsbaus zu ergreifen, deren Umsetzung in einem Bund-Länder-Konzept verbindlich zu vereinbaren ist, mit dem Ziel, 150 000 neue mietpreisgebundene Wohnungen jährlich zu schaffen; in einem ersten Schritt die Kompensationszahlungen des Bundes zur Wohnbauförderung von 518 auf 700 Mio. Euro jährlich aufzustocken, zunächst bis 2017 festzuschreiben und das Finanzierungsprogramm im Jahr 2017 zu evaluieren, wobei die Mittel neben dem Neubau auch für Bestandssanierung und den dauerhaften Ankauf oder Rückkauf von Sozialbindungen durch Kommunen für Mietwohnungen verwendet werden können.

Darüber hinaus wird gefordert, Umstrukturierungen im Bundeshaushalt vorzunehmen, die den objektiven Erfordernissen des Klimaschutzes auch bei der energetischen Gebäudesanierung tatsächlich gerecht werden; die Städtebauförderung auf 700 Mio. Euro jährlich aufzustocken und zu verstetigen, sie zu einem Instrument des sozialen und klimagerechten Stadtumbaus zu entwickeln und insbesondere das Programm Soziale Stadt nachhaltig aufzuwerten und es mit mindestens 150 Mio. Euro jährlich auszustatten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/504 abzulehnen.

Berlin, den 4. März 2015

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Bärbel Höhn
Vorsitzende

Sylvia Jörrißen
Berichterstatterin

Ulli Nissen
Berichterstatterin

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sylvia Jörrißen, Ulli Nissen, Eva Bulling-Schröter und Christian Kühn (Tübingen)

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/504** wurde in der 17. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Februar 2014 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz sowie den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller legen dar, dass die Ursachen für die gegenwärtig zu beobachtende negative Entwicklung von steigenden Wohnungsmieten sowohl in einer allgemeinen Preis- und Kostensteigerung in der Immobilienwirtschaft, als auch in der ungebremsten Wirkung von Angebots- und Nachfragediskrepanzen auf den Wohnungsmärkten, die verschärft wird durch das massive Auftreten rein renditeorientierter Finanzinvestoren auf dem Wohnungsmarkt, liegen.

Um die gravierendsten Auswirkungen einzudämmen und Vorsorge für eine dauerhaft funktionierende, sozial gerechte Wohnungsversorgung zu treffen, sind nach Auffassung der Antragsteller einerseits ordnungspolitische Sofortmaßnahmen und andererseits langfristige Strategien zur Reformierung wohnungswirtschaftlicher Strukturen erforderlich.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 43. Sitzung am 4. März 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/504 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 33. Sitzung am 4. März 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/504 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 18/504 in seiner 39. Sitzung am 4. März 2015 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, die Große Koalition habe bereits viele wohnungspolitische Maßnahmen auf den Weg gebracht. So werde die sogenannte Mietpreisbremse in dieser Woche beschlossen. Durch dieses Gesetz würden die Mieter vor unverhältnismäßig hohen Mieten geschützt, ohne dass dabei der Neubau von Wohnungen verhindert werde. Darüber hinaus arbeite die Koalition an der Reform des Wohngeldes, wobei von den 900 000 profitierenden Haushalten alleine 360 000 neue Haushalte einen Wohngeldanspruch bekämen. Darüber hinaus habe man das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen ins Leben gerufen, das mit einer Berichtspflicht der Länder über die Förderung von sozialem Wohnraum einhergehe. Zwar habe der Bund die Kompensationsmittel an die Länder verstetigt, aber diese seien in der Umsetzungspflicht, weshalb sich der vorgelegte Antrag an den falschen Adressaten richte. Außerdem suche die Baukostensenkungskommission nach Möglichkeiten, das Bauen wieder bezahlbarer zu machen. Da das Wohnen nicht nur bezahlbar, sondern auch lebenswert sein müsse, habe die Koalition auch die Finanzmittel für die Städtebauförderung auf 700 Mio. Euro erhöht. Dies sei ein großer Beitrag an die Kommunen, lebenswerte Quartiere zu schaffen. Der Antrag gehe insgesamt an der Realität vorbei, weshalb man ihn ablehne.

Die **Fraktion der SPD** machte deutlich, dass die Koalition, wie bereits von der Fraktion der CDU/CSU dargestellt, schon viele Maßnahmen angestoßen habe. In den angespannten Wohnungsmärkten müsse dringend neuer Wohnraum geschaffen werden. Der diskutierte Antrag sei ein reiner „Wünsch-dir-was-Antrag“, in dem immer neue Finanzmittel eingefordert, gleichzeitig aber die Realitäten verkannt würden. Es sei zu berücksichtigen,

dass die Länder eigene Entscheidungsbefugnisse hätten und beispielsweise für bestimmte Gegenden einen Genehmigungsvorbehalt für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen vorschreiben könnten. Darüber hinaus könne bei einer Umwandlung auch der Kündigungsschutz für Mieter auf zehn Jahre ausgeweitet werden, was die Länder intensiv nutzen sollten. Es sei sehr positiv, dass das Wohngeld angepasst werde und eine Reform des Mietspiegels erfolgen solle. Hier sei eine Ausweitung des beobachteten Zeitraums sicher sinnvoll.

Die **Fraktion DIE LINKE**. führte aus, dass die Ursache für die negative Entwicklung von steigenden Wohnungsmieten vor allem in der Diskrepanz von Angebot und Nachfrage auf den Wohnungsmärkten liege. Darüber hinaus sei das Auftreten rein renditeorientierter Finanzinvestoren zu beobachten. Um die gravierendsten Auswirkungen einzudämmen und Vorsorge für eine dauerhaft funktionierende, sozial gerechte Wohnungsversorgung zu treffen, seien einerseits ordnungspolitische Sofortmaßnahmen und andererseits langfristige Strategien zur Reformierung wohnungswirtschaftlicher Strukturen erforderlich. Ihr Antrag verstehe sich ausdrücklich als Antwort auf die unzureichenden Maßnahmen, die die Bundesregierung mit ihrer sogenannten Mietpreisbremse erreichen wolle. Diese repariere nicht, was unter der schwarz-gelben Regierung an Mieterrechten zerstört worden sei, und stelle keine Lösung für die Herausforderungen dar, die in Zukunft durch die Wohnungswirtschaft zu bewältigen seien.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, dass die Koalition sich für Maßnahmen lobte, die noch gar nicht umgesetzt seien. Die sogenannte Mietpreisbremse sei 500 Tage lang blockiert worden und die Länder würden lange brauchen, bevor diese umgesetzt sei. Im Übrigen wolle die Koalition eine Rügepflicht einführen, die dem Mieterrecht fremd und sehr mieterfeindlich sei. Die Wohngeldreform sei bereits für das vergangene Jahr angekündigt worden, aber ebenfalls blockiert und wirke daher auch noch nicht. Das angesprochene Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen habe nun - nach eineinhalb Jahren - endlich eine Arbeitsstruktur. Mit welchen Ergebnissen man rechnen könne, sei jedoch noch vollkommen offen. Insgesamt sei die wohnungspolitische Bilanz der Koalition recht mager.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 18/504 abzulehnen.

Berlin, den 4. März 2015

Sylvia Jörrißen
Berichterstatlerin

Ulli Nissen
Berichterstatlerin

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatlerin

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatler

